

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten der Weltorganisation

Politik und Sicherheit

Nahost (1)

I. Mit den von Israel in den besetzten arabischen Gebieten vorgenommenen verändernden Maßnahmen (Bebauung, Besiedlung und Umsiedlungen) befaßt sich die Nahost-Entschießung der Generalversammlung 2949 vom 8. Dezember 1972 (siehe S. 28 dieser Ausgabe). Die israelischen Maßnahmen stehen im Gegensatz zu den Verpflichtungen, die sich auch für Israel als Vertragspartei aus den Genfer Konventionen von 1949 zum Schutze der Zivilbevölkerung im Kriegsfall ergeben. Dazu gilt der allgemeine völkerrechtliche Grundsatz, daß Gebiete nicht durch kriegerische Gewalt erworben werden können. Demzufolge ergeht eine »Einladung« an Israel, (wenigstens) verbal und öffentlich zu erklären, daß es dieses Prinzip auch für sich selbst als bindend betrachtet. In der Entschießung werden ferner alle Staaten aufgefordert, jede Handlung zu vermeiden, die als Anerkennung der genannten, von der Generalversammlung als null und nichtig erklärten israelischen Schritte ausgelegt werden könnte. Das gilt auch für die Gewährung von Hilfe, weshalb die Vereinigten Staaten erklärten, sich enthalten zu müssen. Zu eindeutigen Sanktionen hat sich der dafür zuständige Sicherheitsrat noch nicht entschlossen. Darüber hinaus enthält der Text als Kern erneut die in sich ausgewogenen Vorschläge für eine zukünftige, gerechte und dauerhafte Friedenslösung im Nahen Osten. Sie waren erstmals in der seinerzeit von allen Beteiligten anerkannten Entschießung des Sicherheitsrats 242 (1967) formuliert worden, nun ergänzt um den Hinweis auf die unerläßliche Beachtung der Rechte der Palästinenser.

II. In der Aussprache wurden neuere Äußerungen der israelischen Ministerpräsidentin zitiert, denen zufolge weder die besetzten Gebiete zurückgegeben werden sollten, noch den Flüchtlingen die Rückkehr erlaubt, noch die Gründung eines eigenen palästinensischen Staatswesens zugestanden werden könne.

Israels Botschafter beschwor in seiner Stellungnahme einmal mehr den David-und-Goliath-Topos als das Leitmotiv der jüdischen Geschichte, das er, wie in allen anderen Debatten der Vereinten Nationen, auch in der gegenwärtigen wiederum bestätigt sah: mit numerischer Überzahl durchgesetzte Entschießungen wie die vorliegende seien durch ihre Ungerechtigkeit und parteiische Feindseligkeit nur geeignet, eine Lösung zu verhindern, zumal die arabischen Staaten die UN-Debatten offenbar als Ersatz für Verhandlungen betrachteten, zu denen sie noch immer nicht bereit seien. Die Vereinten Nationen sollten jedoch unverzüglich handeln, um den arabischen Terrorismus zu unterbinden; Israels Politik in den besetzten Gebieten gehe lediglich darauf aus, ein normales und friedliches Leben sicherzustellen und Wohlfahrt und Sicherheit der Einwohner zu beschützen.

Davon könnten 200 000 Besucher aus arabischen Staaten Zeugnis ablegen, denen allein in den letzten Monaten die Einreise gestattet worden sei. Abschließend schlug der israelische Vertreter wiederum Verhandlungen ohne Vorbedingungen vor. In ihnen solle über die Festlegung sicherer Grenzen allseitiges Einvernehmen erzielt werden.

Vom saudiarabischen Vertreter kamen darauf die ihm eigenen Exkurse in Frühgeschichte und Anthropologie zum Aufweis innerer Widersprüche in der konfliktgeladenen Situation des Nahen Ostens. Der Sprecher der jordanischen Delegation verwies auf die Bedeutung und Verantwortung der Vereinten Nationen für den Schutz der territorialen Unversehrtheit von Staaten angesichts der Tatsache, daß die von Israel geforderten Verhandlungen in Wirklichkeit schon dadurch kompromittiert seien, daß die Besatzungsmacht öffentlich und amtlich davon spreche, in einigen, den meisten oder vielleicht gar allen besetzten Gebieten bleiben zu wollen. Dies lasse für die Forderung nach Verhandlungen nur den Schluß zu, daß Israel über alles, was es mit Gewalt besetzt habe, nicht sprechen wolle, wohl aber über das, was die Araber noch nicht verloren hätten.

In der weiteren Debatte wurde der »Status von Jerusalem« wiederholt angesprochen, wobei der israelische Delegierte den Vorteil unterstrich, den die Stadt von ihrer Wiedervereinigung »ohne Stacheldraht und Minenfelder« habe.

Der Vertreter Großbritanniens schlug — darin u. a. auch vom französischen Delegierten unterstützt — am Ende einer eher hoffnungsvoll gestimmten Analyse der Entwicklung seit 1967 als ersten Schritt auf eine Lösung hin vor, den geflohenen oder ausgewiesenen Einwohnern der von Israel besetzten Gebiete westlich des Jordans die Rückkehr zu gestatten. Der ugandische Vertreter kritisierte die Verhinderung aller Bemühungen, den Suezkanal wieder zu öffnen, durch Israel. Damit setze es seine angebliche Freundschaft für die Afrikaner ins rechte Licht, denn es müsse doch wissen, wie belastend und wirtschaftlich nachteilig für alle ostafrikanischen Staaten dieser Zustand sei. Israel habe jedoch mit Südafrika ein stillschweigendes Übereinkommen getroffen zum Vorteil von dessen Häfen bei der Kapumfahrung und zum Nachteil Ägyptens. Der syrische Sprecher warf den USA vor, Israel zu seinem kriegerischen und unnachgiebigen Verhalten zu ermutigen. Der Vertreter Chinas beschuldigte beide Supermächte, die gegenwärtige Situation absichtlich hervorgerufen zu haben und im Verfolg ihrer Interessenpolitik auszunützen. Hierauf erklärte der sowjetische Delegierte Malik, nachdem er die chinesischen »Verleumdungen« zurückgewiesen hatte, Israel sabotiere fortlaufend die Bemühungen der Weltorganisation und müsse deshalb eines Tages nicht nur mit Boykottsanktionen, sondern auch mit dem Verlust seiner Mitgliedschaft rechnen. Israel, dessen Isolierung in der Debatte über-

deutlich wurde, wurde selbst mit dem Vorwurf bedacht, seine Handlungen in schlagender Ähnlichkeit mit dem Hitlerismus einzurichten, da die Mehrzahl der Opfer seiner militärischen Übergriffe Frauen und Kinder seien (so der Vertreter der Vereinigten Arabischen Emirate). Der Delegierte des Sudans, der wie zahlreiche andere Redner aus dem arabischen Lager und der sympathisierenden Dritten Welt auf die historischen Hintergründe der Entwicklung des zionistischen Staates und auf die ursprünglich möglichen Alternativen zur heutigen Situation eingegangen war, qualifizierte die Vertreibung von 2,5 Millionen Palästinensern und ihre fortgesetzte Terrorisierung als »systematischen Völkermord« durch Israel.

III. Dies dürfte die letzte Erörterung des Nahost-Problems, das aus der Sicht der Vereinten Nationen eigentlich mehr ein Israel-Problem ist, in der Generalversammlung ohne deutsche Beteiligung gewesen sein. Im kommenden Herbst werden dann die beiden deutschen Staaten als Mitglieder der Vereinten Nationen Stellung beziehen müssen. Einerseits sieht sich die Bundesrepublik durch die gerade in der Nahost-Frage zu ersten Ansätzen gelangte gemeinsame Außenpolitik der EWG-Staaten verpflichtet. Alle »alten« EWG-Mitgliedstaaten der UNO stimmten für die Resolution, von den neuen enthielt sich nur Dänemark der Stimme. Andererseits ist die Bundesrepublik der europäische Staat, der in seiner Außenpolitik am sorgfältigsten das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu bedenken hat, deren Position in der Nahost-Frage hinlänglich bekannt ist; ganz zu schweigen von dem besonderen Verhältnis, das jeder Schritt einer bundesdeutschen Regierung Israel betreffend zu berücksichtigen hat. Von solchen Rücksichten fühlt sich die DDR vollkommen frei. Schon diesmal, während die Aussprache in der UNO noch andauerte, teilte sie dem Präsidenten der Generalversammlung telegraphisch mit, daß sie jede Entschießung unterstützen werde, welche die schleunige Räumung der von Israel besetzten arabischen Gebiete verlangen würde. Heikel wird die Situation auch dann bleiben, wenn die von Generalsekretär Waldheim zu Beginn dieses Jahres für 1973 als möglich angekündigten Friedensinitiativen vorrückten. Denn inzwischen fährt Israel fort, die in der neuen Entschießung für null und nichtig erklärten Veränderungen weiter durchzuführen: Bevölkerungsumsiedlungen, Zerstörung von größeren und kleineren Ansiedlungen und Häusern und selbst Flüchtlingslagern und Anlage von israelischen Gemeinschaftssiedlungen in den besetzten arabischen Gebieten; außerdem wird in der Gegend von Rafah und am Stadtrand von Gaza wiederum arabischer Grundbesitz enteignet, angeblich für den Neubau von Straßen, worin der ägyptische Beschwerdeführer jedoch eine strategische Maßnahme zur Konsolidierung der israelischen Militärbesetzung sah.

Napalm geächtet (2)

Der Einsatz und die Herstellung von Napalm und anderen Brandwaffen in Kriegen und bewaffneten Konflikten wird von der Generalversammlung bedauert und ihre Unterlassung gefordert. Dieser Beschluß